

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

8.3.1932 (No. 57)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:  
Karl-Friedrich  
Str. Nr. 14  
Karlsruhe

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Eintragsangabe:  
Chefredakteur  
G. Amenb,  
Karlsruhe

Wozugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstag 16 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halbfreier Rabatt, der als Kassensabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. Nr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontrodurchfahren fällt der Redaktion die Haftung für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen über die Haftung für die Verleumdung, die Verletzung der Persönlichkeit oder die Verletzung der Ehre zu. Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsblätter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amtlicher Teil

#### Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland in der Zeit vom 16. bis 29. Februar 1932

Baugewerbe und Metallindustrie in Südwestdeutschland zeigen zum erstenmal seit langen Monaten leicht abnehmende Arbeitslosenzahlen. Nur mehr in wenigen Berufsgruppen und Bezirken wurde noch eine ins Gewicht fallende Zunahme der Arbeitslosigkeit festgestellt. Im ganzen ist hauptsächlich infolge der kalten Witterung, die eine Aufnahme der Außenarbeiten behinderte, nochmals ein geringes Ansteigen der Arbeitslosenzahl um rund 1800 Personen zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der bei den württembergischen und badischen Arbeitsämtern registrierten Arbeitsuchenden betrug sich am 29. Februar auf 351.993, wovon 149.906 auf Württemberg und 202.087 auf Baden kamen. Die Gesamtzahl der als arbeitslos anzusehenden Personen betrug in Württemberg 143.583, in Baden 197.118 und im Gesamtbezirk 340.701.

Die Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung ging in der Berichtszeit erstmals um 1112 Unterstützte zurück, während in der Krisenfürsorge eine Zunahme um 5204 Hauptunterstützungsempfänger zu melden ist. Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war nach der Statistik der Arbeitsämter am 29. Februar 1932 folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 124.462 Personen (98.091 Männer, 26.371 Frauen), in der Krisenfürsorge 94.502 Personen (81.190 Männer, 13.312 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten stieg um 4092 Personen oder um 1,9 v. H. von 214.872 Personen (175.459 Männer, 39.413 Frauen) auf 218.964 Personen (179.281 Männer, 39.683 Frauen); davon kamen auf Württemberg 96.713 gegen 94.152, und auf Baden 122.251 gegen 120.720 am 15. Febr. 1932.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 29. Februar auf 1000 Einwohner 42,5 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge gegen 56,5 im Reichsdurchschnitt am letzten Vortag Mitte Februar. Dazu kam noch die Belastung der öffentlichen Fürsorge mit unterstützten Wohlfahrtsberufswahrenden, deren Zahl in Südwestdeutschland Ende Februar rund 58.000 Personen oder 11,5 vom Tausend der Einwohnerzahl betrug gegen bereits 27,5 vom Tausend im Reichsdurchschnitt Ende Januar.

In der Berichtszeit war die Entwicklung der Arbeitsmarktlage hauptsächlich durch die Vorgänge in folgenden Berufsgruppen beeinflusst:

Die Arbeiten der Landwirtschaft waren durch die kalte Witterung am meisten behindert. Infolge des Mangels an offenen Stellen ist deshalb nochmals ein verhältnismäßig starkes Anwachsen der Arbeitslosenzahl in Erscheinung getreten. Die Zunahme des verfügbaren Arbeitsangebots gegen Mitte des Monats betrug 405 Personen, die zum Teil aus der Forstwirtschaft kamen. Bei einem Arbeitsamt des württembergischen Schwarzwalds standen Ende Februar allein 650 Holzhauer und Waldarbeiter in Unterbringung.

In der Industrie der Steine und Erden hat sich ebenfalls unter dem Einfluß der Witterung die schlechte Arbeitsmarktlage noch nicht geändert. Neue Entlassungen wurden nicht mehr gemeldet.

In der Metallverarbeitung und der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate hat das verfügbare Arbeitsangebot erstmals leicht abgenommen. Die Besserungerscheinungen zeigten sich vor allem in der badischen Maschinenindustrie, während die württembergische Maschinenindustrie in einigen Betrieben nochmals starke Entlassungen vornehmen mußte. Eine leichte Auflockerung zeigte auch der Arbeitsmarkt für einige handwerkliche Berufe, wie Monteur- und Installateure. Keine Besserung war in der Uhrenindustrie, in der Edelmetallindustrie und in der Fabrikation chirurgischer Instrumente zu beobachten. Die Radioindustrie blieb nach wie vor recht befriedigend beschäftigt.

Die Entwicklung in der Textilindustrie war ziemlich uneinheitlich. Die Textilfabriken waren zum Teil noch recht befriedigend beschäftigt; teilweise waren aber Entlassungen oder Einführung von Kurzarbeit zu verzeichnen. In der Baumwollweberei war sowohl in Württemberg als auch in Baden ein Nachlassen des Beschäftigungsgrades zu beobachten. In der Deckenfabrikation wurden die angezeigten Entlassungen im Angriff genommen. Die Tuchfabriken behaupteten im allgemeinen ihren guten Beschäftigungsgrad. In der badischen Seidenindustrie ist eine schwache Belebung eingetreten. Im ganzen zeigte die Berufsgruppe Spinnstoffgewerbe aber ein leichtes Anwachsen der Arbeitslosenzahl um 248 Personen auf nunmehr 9880.

In der chemischen Industrie hat ein badisches Werk eine Stilllegungsanzeige für 100 Personen gestellt.

In der Lederindustrie blieb die Lage verhältnismäßig befriedigend, die Arbeitslosenzahl ist nicht mehr weiter angewachsen. Die badische Gummifabrikation konnte einen kleinen Teil der entlassenen Arbeitskräfte wieder einstellen. In der Holzindustrie war in der Möbelherstellung ein weiterer Rückgang des Beschäftigungsgrades zu verzeichnen. Einstellungen wurden in größerer Anzahl von einer Spanforfabrik vorgenommen. In der Musikinstrumentenfabrikation hat sich die Beschäftigung im Orgelbau weiterhin etwas gebessert, während Pianofortefabrikation und Harmonikaindustrie keine Besserung zeigten. In den Sagenwerken war die Beschäftigung durch den Frost behindert. Im übrigen war die Lage in der Holzindustrie mit einem Bestand von 23.584 verfügbaren Arbeitsuchenden gegen die Mitte des Monats fast unverändert.

### Partei- oder Volks-Präsident?

Am 28. Juni 1919 nimmt der Generalfeldmarschall von Hindenburg seinen Abschied. Mit schlichten Worten sagt er dem Heere, das unter seiner Führung eine Welt von Feinden trotz, Lebewohl. Er spricht von dem unauslöschlichen Dank, der Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften für die hingebende Treue, mit der sie dem Vaterlande gedient haben, gebühre. Er fährt dann fort:

„Mit diesem Dank verbinde ich aber auch eine Bitte für die Zukunft: Was der einzelne bei sich über die Ereignisse der letzten Tage denkt, ist seine Sache. Für sein Handeln darf es aber nur eine Richtschnur geben: das Wohl des Vaterlands. . . Die persönlichen Anschauungen, so schwer es auch fallen mag, müssen zurückgestellt werden. Nur durch solche einmütige Arbeit kann es mit Gottes Hilfe gelingen, unser armes deutsches Vaterland aus tiefer Erniedrigung wieder besseren Zeiten entgegenzuführen.“

Es ist Anlaß vorhanden, diese Hindenburgworte heute jedem Deutschen ins Gedächtnis zu rufen. Die Präsidentenwahl steht vor der Tür. Und wer es gut meint mit dem zukünftigen Schicksal des deutschen Volks, wird bekommenen Herzens feststellen müssen, unter welcher schiefen und verbögenen Einstellungen zahlreicher Deutscher sich der Wahlanmarsch vollzieht.

Man kann Anerkennung für das nationale Wollen einzelner Bewerber um den Reichspräsidentenposten aufbringen — und wird doch zu dem Schluß kommen müssen: was Deutschland in dieser Zeit braucht, ist nie und nimmer ein Parteikandidat, sondern ein wahrhafter Volkskandidat. Nur er, der der Deutsche schlechthin ist, kann in dieser unheilswangeren Zeit Repräsentant des Volkes sein. An die Spitze eines so gefährdeten Staatswesens gehört nicht der Vertreter einer noch so großen, noch so machtungrigen und herrschsüchtigen Partei wie der nationalsozialistischen. Führer des deutschen Volkes kann nur eine weit über dem Parteigetriebe stehende, in sich ruhende, gefestigte Persönlichkeit von unbefristeter Autorität nach innen und außen sein — eine Persönlichkeit, die die Einheit des Reiches, die freiheitliche Entwicklung des Volkes verbürgt, unter der allein jedes wirtschaftliche und soziale Leben sich gestalten kann.

Nicht Zersplitterung der nationalen Kräfte, Kampf aller gegen alle darf die Parole lauten, sondern Zusammenwirken aller nationalen Kräfte unter Führung einer möglichst alle Volksschichten umfassenden Persönlichkeit.

Je schwieriger die wirtschaftliche Lage wird, je mehr sich die innerpolitischen Reibungen verschärfen, je gefährlicher die Umrisse einer von verantwortungslosen Elementen geschürten Selbstzerfleischung des deutschen Volks sich am Horizont abzeichnen, um so notwendiger wird der Rückhalt an einer Staatspitze, die weit über dem Getriebe der Parteien und Interessen steht.

Gibt es — außer Hindenburg — eine Persönlichkeit, die diese unbefristete Autorität genießt, die diese ehrwürdige Tradition, in Krieg und Frieden bewährt, verkörpert, die dieses unbegrenzte Vertrauen verdient, wie Hindenburg?

Über alle Parteigrenzen hinweg wird das deutsche Volk wiederum den Weg zu ihm finden. Es wird sich dadurch — trotz aller inneren Zerissenheit und parteimäßiger Zerklüftung — selbst ehren.

### \*Beitrag \*

In den ersten Jahren nach der Beendigung des Weltkriegs hat Briand einmal den Satz geprägt, man müsse dauernd die Hand an der Gurgel Deutschlands halten, könne den Griff dann allerdings auch gelegentlich lockern. Nach diesem Ausspruch hat Briand seine ganze Politik eingerichtet. Und er hat dabei die Methode des „gelockerten Griffes“ zu einer Virtuosität entwickelt, um die ihn alle Diplomaten in der Welt beneiden.

Da nach dem verlorenen Weltkriege die Situation für Deutschland so gut wie hoffnungslos war, mußten wir auch schon eine Verringerung des ungeheuren Drucks, der auf uns lastete, als einen Gewinn empfinden. Die deutsche Außenpolitik, die das Verzweifelte unserer Lage sah, beschritt deshalb den Weg der Befreiung mit dem richtigen Gefühl dafür, daß dieser Weg ein Passionsweg sein würde, ein Weg, der nur sehr langsam zum Ziele führe. So konnte und mußte uns ein französischer Staatsmann, der wenigstens die Formen der Höflichkeit wahrte und immerhin zu einem gewissen Entgegenkommen bereit war, nur erwünscht sein. Alle die deutschen Politiker, die sich über diese Voraussetzungen unserer Außenpolitik keinen Zweifeln hingaben, werden dann auch später kaum jemals von Briand dispiert worden sein. Nur diejenigen, die in der Einfach ihres Herzens die Form für den Inhalt nahmen und hinter den höflichen Reden ein wirkliches Entgegenkommen Frankreichs vermuteten, sind bitter getäuscht worden.

Briand, der nicht nur ein schlauer Politiker und Diplomat, sondern auch ein weitsichtiger Staatsmann war, hat von vornherein gewußt, daß die Behandlungsmethode aus dem Walde von Compiègne nicht in alle Ewigkeit würde angewandt werden können, daß die Zeit bis zu einem gewissen Grade für das unterlegene Deutschland arbeiten würde, und daß es deshalb ratsam war, die Methode der Brutalität zu ändern, um das Wichtigere zu retten, nämlich die Durchführung des eigentlichen, außenpolitischen Programms. Und dieses Programm hieß bei Briand genau so, wie bei Poincaré und den anderen Nationalisten: Aufrechterhaltung der Verträge zum Zwecke der Stabilisierung der französischen Kontinentalhegemonie. Von den Verträgen, von den Privilegien, die sich Frankreich gesichert hat, darf nur dann etwas geopfert werden, wenn Deutschland einen Preis dafür zahlt, der in dieses Programm hineinpakt.

Als ein solcher Preis wurde z. B. der Locarnopakt betrachtet. Er sicherte Frankreich nochmals in aller Form den Gewinn Elßas-Lothringens, ohne daß Frankreich selbst allzu viel zu bezahlen hatte. Die vorzeitige Räumung der besetzten Gebiete ist als der Kern dieser französischen Bezahlung aufzufassen. Für uns war diese vorzeitige Räumung zweifellos ein mit Freude begrüßtes Ereignis. Aber da Paris sonst nicht das Mindeste tat, um unser Los zu erleichtern, um uns die hartnäckig geforderte Gleichberechtigung zu gewähren, blieb in dem Becher der Freude ein großer Tropfen Bitterkeit.

Daß Briand bei seiner ganzen Politik unbeirrt am Ziel der französischen Politik der Kontinentalhegemonie festhielt, hat sich sofort in dem Augenblick gezeigt, als die deutsche Politik konkrete Forderungen anmeldete. Herr Briand reagierte darauf mit einer Nervosität und mit einer Schärfe, die in erschreckender Weise an die ursprüngliche Behandlungsmethode erinnerten. Und der französische Außenminister zögerte keinen Augenblick, den „Druck an der Gurgel“ Deutschlands zu verstärken.

men. Die Gesamtbelastung betrug 65 688 Mann. Die Ausschichten auf ein rasches Fallen der Arbeitslosenzahlen sind auch bei Eintritt günstigerer Witterung vorläufig sehr gering.

Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe war eine leicht belebte Vermittlungstätigkeit an einigen Plätzen festzustellen. Gejucht wurden vor allem Spezialkräfte.

Im Verkehrsgewerbe hat sich die Lage noch nicht gebessert. Im Mannheimer Hafen hat sich trotz des anhaltenden niedrigen Wasserstandes, der früher zur Folge hatte, daß der verfügbare Rahnraum kaum ausreichte, weder eine Belebung des Schiffsahrt noch des Hafenbetriebs gezeigt.

In der Berufsgruppe „Häusliche Dienste“ hat die Belebung des Vermittlungsgeschäftes angehalten. Die Zahl der Stellen suchenden hat sich aber infolge des verstärkten Andrangs ungenügend ausgebildeter Kräfte nicht vermindert.

In den Angestelltenberufen brachten die Vorbereitungen für die Reichspräsidentenwahl an vielen Plätzen kurzfristige Beschäftigungsmöglichkeiten.

In den nicht aufgeführten Berufs- und Gewerbegruppen waren die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt nicht von Bedeutung.

Im Nahrungsgewerbe und Genussmittelgewerbe war die Lage durch eine starke Fluktuation in der Tabakindustrie gekennzeichnet. Die Arbeitslosenzahl von 21.300 Kräften hat sich gegen die Mitte des Monats nicht erhöht. Aus der Tabakindustrie liegen aber von einer ganzen Anzahl von Betrieben für mehrere 100 Arbeitskräfte Stilllegungsanzeigen vor. Die Entlassungen in der Zunderindustrie und im Drangewerbe haben aufgehört. In den Handwerksberufen war die Lage für Bäcker- und Metzgereien unverändert ungünstig.

Im Bekleidungs-gewerbe hat sich die leichte Belebung im Schneiderhandwerk fortgesetzt. Auch in der Herren- und Damenkonfektion sind Einstellungen von Arbeitskräften erfolgt, während zwei Bekleidungs-fabriken geringfügige Entlassungen vornahmen. Der Beschäftigungsgrad der Lederhandschuhfabrikation hat weiter nachgelassen. In der Schuhfabrikation wurden von einer württembergischen Firma 30 Entlassungen vorgenommen; sonst scheint sich aber eine Belebung des Geschäftes vorzubereiten. Die Arbeitsmarktblastung im gesamten Bekleidungs-gewerbe hat sich in der Berichtszeit von 12.403 auf 12.806 Arbeitsuchende vermindert.

Im Baugewerbe hat die Belastung des Arbeitsmarktes um rund 100 Facharbeiter und 400 Bauhilfsarbeiter abgenommen.

indem er eine Reihe von Maßnahmen provozierte, die sämtlich nur den einen Zweck verfolgten, Deutschland zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Der Wandel der Zeiten erlaubte natürlich Maßnahmen militärischer Art nicht mehr. Aber man konnte ja auch mit goldenen Äugeln spielen. Und das hat man gründlich getan. Auf dem Umwege über die Finanz- und Wirtschaftspolitik sollte Deutschland müde gemacht werden.

Es ist die Tragik im Leben des Staatsmanns Briand, daß er noch kurz vor seinem Tode sehen mußte, daß seiner Politik kein Erfolg beschieden war. Denn Deutschland drehte nunmehr den Spieß um: es konstatierte den Niedergang seiner Wirtschaft und die sich daraus ergebende Zahlungsunfähigkeit hinsichtlich der Reparationen. Unter fluger Ausnutzung der Paragraphen des Youngplans erklärte die deutsche Reichsregierung, daß Deutschland nicht mehr imstande sei und in absehbarer Zeit auch nicht imstande sein werde, Reparationen zu zahlen. Die Kette, mit welcher Briand und sein Frankreich Deutschland für viele Jahrzehnte zu binden hoffte, die Kette der Reparationen, war zerrissen.

Gewiß hätte auch Briand in voller Übereinstimmung mit den anderen führenden Staatsmännern Frankreichs eines Tages auf die Reparationen freiwillig verzichtet, wenn Deutschland sich bereit gezeigt hätte, auf politischem Gebiet jene Bedingungen zu erfüllen, die den Grundzügen der französischen Hegemoniepolitik entsprechen. Aber auch das hat Deutschland nicht getan. Im Gegenteil! Von neuem hat es in aller Form seine alten Forderungen angemeldet. Werden diese Forderungen erfüllt, dann ist die Durchführung der Kontinentalhegemonie unmöglich. Denn mitten in diesem Kontinent würde sich dann wieder ein gleichberechtigtes und gleichmächtiges Deutschland erheben, das seine eigenen Wege geht und höchstens in der Form eines zu gleichen Rechten abzuschließenden Bündnisses Frankreich näherzutreten könnte. Die Abrüstungskonferenz in Genf enthüllt dieses historische Ringen Deutschlands um seinen Wiederaufstieg zum Range einer wirklichen Großmacht zur Genüge.

Und gerade in diesen Tagen hat Briand die Augen für immer geschlossen! Er stand schon seit einiger Zeit außerhalb des Kreises der eigentlichen politischen Entwicklung. Der Zeiger seiner politischen Uhr war abgelaufen. Mit seiner Behandlungsmethode ließ sich nichts mehr erreichen. Frankreich steht heute vor der Alternative, entweder wahre Versöhnungspolitik zu treiben auf der Grundlage von Zugeständnissen an Deutschland, oder aber ostentativ eine gegnerische Stellung zu beziehen, damit aber auch gleichzeitig die Gefahr der Isolierung in der ganzen Welt auf sich heranzubeschwören.

\*  
Aristide Briand ist Montag mittag in Paris in seiner Wohnung in der Avenue Kleber gestorben.

Wenige Wochen vor Vollendung seines 70. Lebensjahres — er war am 28. März 1862 in Saint Nazaire geboren — ist Briand dem Herzleiden erlegen, das ihn im vergangenen Jahre wiederholt aufs Krankenlager geworfen hatte. Ehemalig war er Ministerpräsident, fünfundzwanzigmal hat er ein Ministerposten inne gehabt, seit er im März 1906, in den Tagen des Kampfes um die Trennung von Staat und Kirche von Sarrien zum erstenmal als Unterrichtsminister in ein Kabinett berufen worden war. 1909 war er als Nachfolger Clemenceaus Ministerpräsident geworden. In der Folge amtierte er unter Poincaré, Viviani und nach dem Kriege unter Lehgues, Painlevé und anderen. Bei Kriegsausbruch war er Justizminister, vom 29. Oktober 1915 bis 7. März 1917 Ministerpräsident. Damals betrieb er die Saloniki-Expedition gegen den Willen Clemenceaus. Auf der Konferenz von Cannes, wo er zum ersten Male nach dem Kriege international in den Vordergrund trat und von Poincaré gestützt wurde, zog er sich drei Jahre lang vom politischen Leben zurück, auf sein Muttergut Cocherelle in der Normandie, das er bis zu seinem Tode zärtlich liebte. Denn seine Tierliebhaberei und der Angelsport waren die einzigen Vergnügungen, die sich der alternde Junggeselle gönnte und aus denen er, neben geistreichen Unterhaltungen, immer von neuem die Kraft für seine weitere Arbeit zog.

\*  
Der französische Ministerrat beschloß, Briand durch ein Staatsbegräbnis zu ehren, das am Samstag, den 12. März, stattfindet. In der Kammer widmete Ministerpräsident Tardieu Briand ehrende Worte. In Genf kam es im Hauptauschuß der Völkerbundsversammlung zu einer Trauerkundgebung.

Der Reichskanzler hat an den französischen Ministerpräsidenten ein in herzlichen Worten gehaltenes Beileidstelegramm geschickt. Außerdem übermittelte der Reichskanzler dem Berliner Vertreter der Savas-Agentur eine Erklärung, in der es heißt: „Mag die Entwicklung der Dinge Deutschland auch schwere Enttäuschungen gebracht haben, so erkennt das deutsche Volk doch an der Bahr dieses Mannes an, daß er, in uner müdlicher Pflichttreue seinem Heimatlande dienend, gleichzeitig ein aufrichtiger und überzeugter Diener der Friedensidee war, dessen ehrliches Streben der Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich gegolten hat.“

Reichspräsident von Hindenburg empfing heute, Dienstag, den Segelflieger Grünhoff, dem als dem erfolgreichsten Piloten für motorlosen Flug für das Jahr 1931 vom Preisgericht der Hindenburg-Rokal und Geldpreis für motorlosen Flug zuerkannt war.

Keine Vermietung von Kabinen für parteipolitische Veranstaltungen. Der Reichspostminister hat unterm 27. Februar eine Verordnung an die Oberpostdirektionen gegeben, in der gesagt wird, daß die Vermietung von Kabinen zur Übertragung von Reden in parteipolitischen Versammlungen in andere Säle über den Aufgabekreis der Reichspost hinausgehen und deshalb dahingehende Anträge abzulehnen seien.

Graf Cam-Martinic †. In Wien ist der ehemalige österreichische Ministerpräsident Graf Cam-Martinic im 60. Lebensjahre gestorben.

Eine internationale Weinkonferenz, auf der 30 Nationen, auch Deutschland, vertreten sind, wurde in Paris eröffnet.

Bei Arbeitslosenunruhen vor den Ford-Werken in Detroit gab es 4 Tote und 50 Verletzte.

## Rundfunkansprache Hindenburgs am Donnerstag

ENA. Berlin, 8. März. (Priv.-Tel.) Nach den bisherigen Dispositionen dürfte es sich bestätigen, daß der Herr Reichspräsident am Donnerstagabend um 7.30 Uhr im Rundfunk spricht.

## Der Reichskanzler für Hindenburg Eine Rede in Essen

Vor einer riesigen Zuhörermenge, die die beiden größten Hallen der Essener Ausstellung nicht fassen konnten, sprach Montagabend Reichskanzler Dr. Brüning über die Wahl des Reichspräsidenten.

Der Kanzler, von der Menge stürmisch begrüßt, wies darauf hin, daß die Agitation der gemäßigten Kandidaten in einer Weise betrieben werde, als befände sich Deutschland im tiefsten Frieden und im vollsten Aufstiege, aber nicht in den schweren außenpolitischen Kämpfen. Gerade weil Deutschlands Lage so außerordentlich ernst sei, habe er seinerzeit versucht, die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten von Hindenburg auf parlamentarischen Wege durchzuführen. Der Kanzler widerlegte die Behauptung, als ob er selbst ein Hemmnis für die einmütige Wiederwahl Hindenburgs gewesen sei. In den elementarsten Fragen der Politik bestehe auf der rechten nicht die geringste Einigkeit. Das hätten die Verhandlungen der letzten Monate in aller Klarheit gezeigt. Wenn Hitler an das Reichsoberhaupt einen Brief richtete, der vier Stunden vorher der ausländischen Presse zur Kenntnis gebracht wurde, so müsse man fragen, wo denn da die nationale Gesinnung bleibe. Wenn von nationalsozialistischer Seite im Reichstage in Anwesenheit des gesamten diplomatischen Korps der deutschen Regierung jedes Recht abgesprochen werde, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen, so sei kein Wort stark genug, solches Verhalten zu geißeln. Wenn es einen Dolchstoß gegeben habe, dann sei es die Verweigerung der parlamentarischen Verlängerung der Präsidentschaft von Hindenburg gewesen, dann sei es die Tatsache, daß Führer der NSDAP, einer Regierung, die im allerhöchsten außenpolitischen Kampf stehe, in den Rücken fallen und ihr die Verhandlungsfähigkeit absprechen.

Der Reichskanzler erinnerte daran, unter welcher schweren Bedingungen die Reichsregierung ihre Arbeit begonnen habe, und daß es ihr gelungen sei, noch über diesen Winter hinaus Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Ein falscher Schritt in den letzten zwei Jahren, und das Werk wäre nicht gelungen, wir hätten dann vor dem Chaos gestanden. Wenn dem Inlande und Auslande die Garantie für die Stabilität der Verhältnisse durch die Wiederwahl des Herrn Reichspräsidenten gegeben werde, würden wir aus der alten Gefahr des Zusammenbruchs herauskommen.

Dr. Brüning wandte sich mit Schärfe gegen jede inflationistische Maßnahme, die das deutsche Volk in den Untergang führen müßte.

Der Kanzler wandte sich dann gegen die Agitation, die sich in einer gemeinen Weise gegen die berechtigungswürdige Gestalt des Herrn Reichspräsidenten richte. Auch vor Beziügungen der Familie des Herrn Reichspräsidenten und seiner Umgebung mache man nicht halt. Ein Stahlhelmführer habe kürzlich sogar erklärt, daß die Art, wie von nationalsozialistischer Seite die Jugend aufgehetzt werde, die Erziehung zur Disziplinlosigkeit bedeute.

Alle Phrasen, alle Theorien, alle Agitationsparolen können niemals die militärische und politische Erfahrung eines Mannes wettmachen, der noch Königgrätz mitgemacht habe, der das Reich 1870 mitgründen sah, der den Krieg erlebte und den Niedergang, der das Heer aus dem Felde nach Hause führte und sich dann abermals sieben Jahre dem Vaterlande zur Verfügung stellte. Hindenburg sei der Mann von innerer Befähigung, der sich nicht gern vor das große Publikum gestellt sehe. Sein ganzes Leben lang sei er ein Mann harter, hoher Arbeit gewesen. Mutig und zu jeder Verantwortung bereit.

Daß überhaupt gegen Hindenburg noch andere Kandidaten aufgestellt worden seien, müsse wenigstens in den Augen des Auslandes als eine Groteske erscheinen. Hindenburg erlebe das gleiche Schicksal wie Americas erster Präsident George Washington, der jahrelang unter den schwierigsten Verhältnissen gekämpft und dem trotz aller Leistungen und Erfolge das Bitterste nicht erspart geblieben sei, genau wie heute dem Herrn Reichspräsidenten in den vergangenen Tagen. Das deutsche Volk müsse sich selbst retten, es müsse durch die Wahl Hindenburgs für eine Stabilität nach innen und außen sorgen.

Die Ausführungen des Reichskanzlers wurden wiederholt durch lebhaften Beifall unterbrochen, der sich zum Schluß zu stürmischen Rundgebungen steigerte.

## Die Einstellung in die Reichswehr

Neue Bestimmungen des Reichswehrministeriums Reichswehrminister Groener hat nunmehr die neue Fassung der Wehrgesetzbestimmungen veröffentlicht. In diesen Bestimmungen heißt es u. a.:

„Die Kompagniechefs, Truppendeute und deren vorgeordnete Stellen dürfen, zum Freiwilligen zu ermitteln, sich an nichtpolitische Vereine und gemeinnützige Einrichtungen wenden. An Arbeitsnachweise und Arbeitsvermittlungstellen erst, wenn der Bedarf anders nicht gedeckt werden kann. Die Verfassungsmäßigkeiten dürfen für das Werben und Einstellen von Freiwilligen nicht in Anspruch genommen werden.“

Ausgeschlossen von der Werbung und Einstellung ist u. a., wer wegen Vergehens oder Verbrechens mit einer Freiheitsstrafe bestraft ist, ohne Rücksicht darauf, ob die Strafe verbüßt wurde oder nicht. Ausgeschlossen ist ferner, wer sich verfassungsfreundlich betätigt hat, d. h. erwiesenermaßen an Bestrebungen teilgenommen hat, die auf eine Änderung der verfassungsmäßigen Zustände mit unzulässigen Mitteln gerichtet war. Von Personen, die verfassungsfreundlichen Organisationen angehören, dürfen Auskünfte nicht eingeholt werden. Auch Personen, die in sonstigen politischen Vereinen führend tätig sind, sollten, außer, wenn sich ein Bewerber ausdrücklich auf sie berufen hat, nicht um Auskunft angegangen werden.“

## Um die Biersteuer

Mittwoch in den Reichsratsausschüssen

Die Reichsratsausschüsse werden sich bereits am morgigen Mittwoch in vertraulichen Beratungen mit der Vorlage der Reichsregierung über die Senkung der Biersteuer zu beschäftigen haben. Die Reichsregierung legt großen Wert auf eine rasche Verhandlung, da der vom Reichsfinanzminister genannte Termin des Inkrafttretens der Biersteuererhöhung, der 20. März, unbedingt eingehalten werden soll. Es wird sich bei den Verhandlungen der Reichsratsausschüsse vor allem um die Frage handeln, wie die vorgesehene Senkung der Biersteuer, Gemeindefiscal- und Getränkesteuer anteilmäßig erfolgen soll unter Beachtung einer Gesamterhöhung der Steuerbelastung für das Bier von 22 auf 15 M.

## Die Mitteleuropa-Projekte

Verhandlungen in Genf?

Die in verschiedenen europäischen Hauptstädten erfolgten Besprechungen über die Schaffung eines mitteleuropäischen Wirtschaftssystems scheinen ihren Schwerpunkt immer mehr nach Genf verlegen zu wollen. Es liegt nahe, daß wieder einmal Verhandlungen „am Rande“ einer vom Völkerbund veranstalteten Tagung erwartet werden. Man spricht in diesem Zusammenhang bereits von einer Vorkonferenz, die diese Woche stattfinden und im Mai, also vor der Lausanner Konferenz, stattfinden soll, wobei auch die Reparationsfrage einbezogen werden soll.

Alle derartigen Pläne sind freilich als wenig wertvoll anzusehen, solange nicht eine deutsche Beteiligung an den Verhandlungen gesichert ist, nachdem es sich ergeben hat, daß auch die beteiligten Nachfolgestaaten zu einem erheblichen Teil einer bloßen Vereinigung ihrer eigenen Gruppe verständigerweise Widerstand leisten.

\*  
Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Stresemann äußerte sich bei einem Besuch der Leipziger Messe zu den Vorschlägen Tardieus, er glaube nicht, daß der französische „Auftrag“ an die Nachfolgestaaten, ihr Verhalten gegenüber Österreich zu ändern, den gewünschten Erfolg haben werde. Stresemann verwies auf das Donau-Elbe-Rhein-Strömungsgebiet, das eine Zusammenfassung von Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei vorteilhaft erscheinen lasse. Diese drei Länder könnten eine brauchbare Wirtschaftseinheit bilden und einem großen Ostagrartblock einen gleichartigen Partner gegenüberstellen.

## Italiens Antwort auf das Donau-Memorandum Tardieus

ENA. Rom, 8. März. (Priv.-Tel.) In der Antwortnote der italienischen Regierung auf das „Donau-Memorandum“ Tardieus wird zuerst die Tatsache erwähnt, daß die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Sanierung der Donauländer von allen europäischen Ländern anerkannt werde. Die italienische Regierung begrüßt das Manifest Tardieus, hebt aber auch das Gefahrenmoment hervor, das in der schwierigen Lage Österreichs und Ungarns begründet ist und das eine Entlastung solange ausschließt, als nicht finanziell und wirtschaftlich das Gleichgewicht dieser beiden Staaten wiederhergestellt ist. Die italienische Regierung ist zur Prüfung aller Projekte bereit, die dazu dienen können. Ein Weg zu einer Generalisierung der Donauländer müsse gesucht und gefunden werden, wozu die Mitwirkung Frankreichs unumgänglich notwendig sei.

## Das Moskauer Attentat

Im Auftrag des Auslands?

Laut Mitteilung der Moskauer Untersuchungsbehörden gehört Stern, der den Revolveranschlag auf Bolschewik von Zwardowski verübte, einer Terroristen-Gruppe an, die im Auftrag gewisser ausländischer Staatsbürger Terrorakte ausführte.

Nach dem Geständnis Sterns hatte das Attentat den Zweck, eine Spannung zwischen der Sowjetunion und Deutschland hervorzurufen und damit die internationale Lage der Sowjetunion zu verschlechtern. Die Untersuchungsbehörden hoffen, daß die Untersuchung in den nächsten Tagen abgeschlossen werden kann.

## Die Lage in Shanghai

Die Bemühungen um den Waffenstillstand gescheitert  
Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht einen Bericht des Shanghai-Konsularkorps, in dem festgestellt wird, daß alle Versuche, einen von beiden Seiten angenommenen Waffenstillstand herbeizuführen, gescheitert sind.

Die Japaner haben im Augenblick ihr Vorgehen eingestellt, jedoch haben örtliche Kämpfe stattgefunden. Die Einmischungen der Japaner in die Obliegenheiten der Polizei und der anderen städtischen Verwaltungszweige haben zu wiederholten Protesten bei den japanischen Behörden Anlaß gegeben.

## Kleine Chronik

„Do X 3“ überflog in den letzten Tagen mehrmals Friedrichshafen und Umgebung. Das Riesenschiffboot erregte allenthalben Aufmerksamkeit. Es ist sehr komfortabel ausgerüstet und trotz seiner gewaltigen Ausmaße leicht auf die Höhe von 2600 Meter zu bringen. Das Flugboot ist in Altentheim stationiert.

Bei Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Düsseldorf wurde ein Arbeiter getötet und zwei erheblich verletzt.

Der in Gladbeck am Mittwoch vergangenen Woche bei den Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Andersdenkenden schwerverletzte Reichsbannermann Kniefisch ist seinen Verletzungen erlegen.

Auf der Waghütte in Unterwellenborn bei Saalfeld wurden zwei Arbeiter bei der Kontrolle eines Gasometers durch austretendes Gas getötet.

In Berlin wurde der kommunistische Bauarbeiter Dannenberg vom Schwurgericht wegen versuchten Totschlags, Schusswaffenmißbrauchs und Waffenvergehens zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus, der mitangeflagte Arbeiter Ruffel zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Dannenberg hatte am 5. November 1931 vier Schüsse auf Polizeibeamte abgegeben.

Die Berliner Steuerbehörde hat gegen fünf Steuerbetrugsdanten, die insgesamt etwa 8 Millionen Reichsmark ins Ausland verschoben haben sollen, Haftbefehl erlassen.

Wegen der Grippeepidemie in Breslau sind hier 14 Schulen und über 50 Einzelklassen geschlossen worden.

Eine der bekanntesten Persönlichkeiten Schwedens, der kürzlich zurückgetretene Direktor der Arbeitgebervereinigung Gjalmar von Sydow wurde Montag nachmittag in seiner Wohnung in Stockholm ermordet aufgefunden; mit ihm sind auch seine beiden Dienerinnen ermordet worden. Der Mörder ist der eigene Sohn, der Student der Rechte Fredrik von Sydow, der die Tat offenbar in geistiger Ummachtung beging und danach Montagabend in seinem Hotel seine Ehefrau und sich selbst erschoss.

Die Polizei in Linz a. Donau verhaftete einen 53jährigen Mann, der eingetauscht, sechs Morde begangen zu haben. Der Mann, namens Keltz, will die Mordtaten aus juristischen Gründen begangen haben. Er ist wegen verschiebener Verbrechen mit 20 Jahren Kerker vorbestraft. Man glaubt, daß weitere Mordtaten aufgedeckt werden.

In Mezöbereny (Ungarn) hat der 40jährige Landwirt Beredi im Laufe eines Streites um eine Erbschaft fünf Verwandte, nämlich eine 70jährige, eine 40jährige und eine 22jährige Frau, sowie die im Alter von drei Jahren und fünf Monaten stehenden Kinder der 22jährigen mit einem Beil erschlagen.

Badischer Teil

Gegen die Politisierung der Jugend

Das Amtsblatt des badischen Ministeriums des Kultus und Unterrichts (Nr. 5 vom 7. März) enthält folgende Verordnung; Im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung in den Schulen und zum Zwecke der Fernhaltung der parteipolitischen Beeinflussung der Schüler wird angeordnet:

- 1. Allen wahlunmündigen Schülern ist jede Zugehörigkeit zu politischen Parteien und Vereinigungen sowie ihrer Organisationen und ihrer Jugendgruppen oder -Bünde jeder Art, ferner die Teilnahme an parteipolitischen Versammlungen und Kundgebungen oder an solchen Veranstaltungen jeder Art, auch wenn sie in geselliger oder sonstiger Form geschehen sind, sowie überhaupt jede parteipolitische Betätigung verboten;
2. allen Schülern ist das Tragen von Uniformen und Abzeichen parteipolitischer Organisationen verboten;
3. allen Schülern ist ferner das Herstellen, Verteilen, Besitzen von Schriften, Zeitungen, Aufzügen, Flugblättern, Plakaten und Zetteln parteipolitischen oder staats- oder verfassungs- oder religionsfeindlichen Inhalts verboten;
4. allen Schülern ist weiter verboten, sich an Vereinigungen oder Veranstaltungen zu beteiligen, oder Handlungen vorzunehmen, oder an solchen sich zu beteiligen, welche den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung oder den Widerstand gegen den Staat und seine Organe oder gegen Einrichtungen und Anordnungen der Schule bezwecken, darstellen oder dazu auffordern, oder eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts, ihre Einrichtungen, Gebräuche oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpfen oder verächtlich machen;
5. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Verbote sind von den zuständigen Schulorganen mit aller Strenge zu bestrafen, bei Schülern von Nachschulen und höheren Lehranstalten erforderlichenfalls auch mit Ausschließung oder Ausweisung aus der Schule;
6. von den Lehrpersonen aller Schul- und Unterrichtsanstalten wird erwartet, daß sie gemäß der Reichs- und Landesverfassung, der sonstigen Gesetze- und Ordnungsbestimmungen sowie in Befolgung ihrer durch den Beamten- und Lehrpersonen-Amtsverordnungen die ihnen anvertrauten Schüler zu wahrhaft vaterländischer und staatsbürgerlicher Gesinnung erziehen, d. h. in ihnen das Verständnis für den Staat zu erwecken, ihnen die Notwendigkeit der Einordnung des einzelnen in das Staatsganze und die Pflicht zur Aufrechterhaltung der Staatsordnung sowie zur Beobachtung der Verfassung und der Gesetze klarzumachen;
7. jede parteipolitische Beeinflussung der Schüler innerhalb und außerhalb der Schule seitens der Lehrpersonen ist verboten; Zuwiderhandlungen dagegen werden strengstens geahndet;
8. von vorstehenden Anordnungen sind die Ziffern 1-5 jeweils zu Beginn des Schuljahres und am Anfang des Monats Oktober allen Schülern - einem während des Schuljahres eintretenden Schüler sofort - zur Kenntnis zu bringen;
9. seitens des Herrn Ministers des Innern sind die Bezirksämter und Polizeibehörden angewiesen, die Einhaltung der Verbote bezüglich der politischen Betätigung der Schüler zu überwachen.

Badische Bank A.-G. Mannheim

Die Sicherlegung nach Karlsruhe genehmigt

Die am Montag in Mannheim abgehaltene ordentliche Generalversammlung der Badischen Bank A.G. in der ein Aktienkapital von 6 877 000 M. mit 68 770 Stimmen vertreten war, wurde vom Aufsichtsratsvorsitzenden, Präsident Dr. Kessel, Mannheim, geleitet.

Die Wirtschaftsprüfung, so führte Dr. Lenz einleitend aus, über die der vorliegende Geschäftsbericht berichtet, ist eine Zeit schwerster wirtschaftlicher Erschütterung, die die ganze Welt, in besonders schwerem Ausmaß aber Deutschland, betroffen hat. Auch die Badische Bank hat unter der Krise zu leiden gehabt, aber sie hat gerade in diesem Jahr bewiesen, und zugleich den Beweis für die Notwendigkeit ihrer Existenz und des Notenprivilegs auch für die Zukunft erbracht. Trotz mancher Verluste im Kundengeschäft sind die stillen Reserven der Bank auch heute noch so stark, daß sie jedem Ansturm gewachsen sind. Wenn der Gewinn gegenüber dem Vorjahre vermindert ist, so ist dies im wesentlichen auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Badische Bank auf einen erheblichen Effektbestand angewiesen ist, und dieser natürlich unter den börsenmäßigen Entwertungen besonders gelitten hat. Die Badische Bank hat, getreu ihrer Tradition, diese Effekte zum Freiverkaufspreis vom 31. Dezember 1931 eingeleistet, von der gemäß Notenverordnung geschaffenen Möglichkeit einer höheren Bemertung also keinen Gebrauch gemacht. In der Zwischenzeit sind die Kurse ja wieder ganz beträchtlich gestiegen, so daß nach den heutigen Kursen berechnet der Verlust auf Effektentkonto um 300 000 M., d. h. um die Hälfte geringer wäre.

In der inneren Geschichte der Badischen Bank hat das Jahr 1931 insofern ein bedeutendes Ereignis gebracht, als der badische Staat ein Aktienpaket aus dem Besitz der D.-Bank übernahm, und nunmehr über die qualifizierte Mehrheit verfügt. Im Landtag wurde damals die Versicherung gegeben, daß durch diesen Aktienwerb keine Änderung in der Führung und Gestaltung der Bank eintreten werde. An dieser Zusage hat die Regierung strikte festgehalten. Wenn auf der heutigen Tagesordnung einschneidende Maßnahmen über die Badische Bank stehen, so ist die Ursache dafür ausschließlich der Wunsch, die Verwaltung sparsam und ökonomisch zu gestalten. Der Hauptzweck der Badischen Bank soll also nach Karlsruhe verlegt werden, während die Mannheimer Stelle als Filiale weitergeführt werden soll. Dabei ist die Verwaltung einmütig der Auffassung, daß die Interessen der Mannheimer Wirtschaft in keiner Weise gefährdet oder beeinträchtigt werden sollen. Die Frage, ob diese Sicherlegung durch bloße Statutenänderung möglich ist, ist von der Aufsichtsstelle, dem Ministerium des Innern, geprüft und bejaht worden.

Präsident Lenz dankte dann den ausscheidenden Aufsichtsratsmitgliedern Dr. Weil und Geheimrat Sinner für ihr wertvolles Wirken für die Badische Bank.

In der Diskussion wandte sich Landtagsabgeordneter Dr. Wolfhard mit Entschiedenheit gegen die Sicherlegung nach Karlsruhe. Daß das Schwergewicht der Badischen Bank in Karlsruhe liegt, habe seinen Grund darin, daß über Karlsruhe eine Anzahl Geschäfte laufen, die nicht Karlsruhe, sondern das Land Baden angehen. Im übrigen habe Mannheim schon durch die Fusion der Südd. Diskontogesellschaft und der Rheinischen Kreditbank erheblich an Prestige verloren und es sei zu wünschen, daß für den Fall einer Nichterneuerung des Notenprivilegs, mit der durchaus zu rechnen sei, die Badische Bank dem Mannheimer Platz als Zentralbank erhalten bleibe. Eine Verlegung der Badischen Bank durch Generalversammlungsbeschluß sei gar nicht möglich, weil sowohl das badische Landesgesetz vom Jahre 1870, das die Privilegien der Badischen Bank enthält, wie auch das Privatnotenbank-Gesetz von 1924 im Wege stünden.

In den darauffin stattfindenden Abstimmungen wurden Bilanz und Erfolgsrechnung genehmigt u. den Organen der Gesellschaft Entlastung erteilt. Der geschäftlich zurücktretende Aufsichtsrat wurde wiedergewählt, bis auf die oben genannten Mitglieder, die aus eigenem Entschluß zurücktraten. Neu gewählt wurden Finanzminister Dr. Mattes, Ministerialdirektor Dr. Sammet, Direktor Schellenberg (Rhein. Hypothekbank, Mannheim), und Fabrikant B. Bögel, Vizepräsident der Handelskammer Mannheim. Die Änderungen der Satzung, die die Sicherlegung nach Karlsruhe oder Mannheim, eine Verminderung der Aufsichtsratsbezüge und eine Reihe von Formulierungen auf Grund der Notverordnung vom 19. September 1931 vorsehen, wurden gegen die durch Amtsgerichtsdirektor Dr. Wolfhard vertretenen Stimmen genehmigt. Amtsgerichtsdirektor Dr. Wolfhard gab seinen Widerpruch und eine Erklärung, daß diesem Beschluß die juristischen Voraussetzungen fehlen, zu Protokoll.

Badische Kunsthalle Karlsruhe

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Aus dem Besitz des Herrn Direktor Erich Goeris, Berlin, wurde der Badischen Kunsthalle eine größere Anzahl wertvoller Werke von Louis Corinth auf die Dauer eines Jahres als Leihgabe überlassen. Die Sammlung enthält Bilder aus allen Schaffensperioden des Meisters, einige Aquarelle und als Ergänzung zwei Leihgaben aus dem Besitz der Gattin des Künstlers. Sie wurde in einem Saal der neueren Abteilung der Badischen Kunsthalle vereinigt und ab 6. März 1932 dem Publikum zugänglich gemacht.

Aus der Landeshauptstadt

Eine öffentliche Kundgebung für Hindenburg findet am morgigen Mittwoch, abends 8 Uhr, in der städtischen Festhalle statt. Das Programm ist: Orgelvorspiel: Wilhelm Kraus von der badischen Hochschule für Musik. Ansprachen: Prof. Dr. A. Goll, Rektor der Friedrichs-Hochschule; Stadtverordneter Albert Kessler; Stadtverordneter K. F. Berner; Staatspräsident Dr. J. Schmitt. - Deutschlandlied. Unkostenbeitrag 20 Pf.

Die Schiffsbrücke bei Magau ist wegen Instandsetzungsarbeiten auf der unterfränkischen Bahndamm der Brücke am 9. und 10. März d. J. von 7 bis 18 Uhr für Lastwagen über 5,5 Tonnen Gesamtgewicht gesperrt.

Die kriminalistischen Erfolge der Hellscherin Dagma reine Erkundung! Nach den Feststellungen des Landespolizeiamts Karlsruhe sind die Behauptungen der zur Zeit in einem hiesigen Café auftretenden Hellscherin Dagma Weidel genannt Dagma, sie habe in Wien und Graz bei der Aufklärung von Morden hellscherische Erfolge gehabt, nicht zutreffend. So hat z. B. die Polizeidirektion in Graz mitgeteilt, daß die Dagma nicht im entferntesten in der Lage gewesen sei, ungelöste Kriminalfälle aufzulösen.

„Politischer“ Anflug. Vergangene Nacht betraf die Polizei in Grünwinkel eine Gruppe von Personen, die Jänne und Mauern mit kommunistischen Wahlparolen beschmierte und beschädigte. Die Täter gingen flüchtig, jedoch gelang es der Streife, zwei von ihnen festzunehmen. Sie werden dem Schnellrichter vorgeführt. - In Durlach betätigten sich am Montagabend nationalsozialistische Mischkolonnen, indem sie Häuser, Leitungsmaße usw. mit kleinen Handzetteln politischen Inhalts besetzten. Fünf Personen wurden als Täter ermittelt und festgenommen. Sie werden sich vor dem Schnellrichter zu verantworten haben.

Badisches Landestheater. Am morgigen Mittwoch gelangt Webers romantische Oper „Der Freischütz“ zur Wiederholung, mit Ellen Winter als „Agathe“. Am Nachmittag desselben Tages geht für die auswärtigen Schüler Kleists Schauspiel „Der Prinz von Homburg“ in Szene. - Verdis Oper „Otello“ ist für die Kollekthilfe auf Donnerstag, den 10. März, zur Wiederholung angelegt, ebenso auf Freitag, den 11. März, Schillers „Wallensteins Tod“, und am Samstag, dem 12. d. M., „Wallensteins Lager“, und „Die Piccolomini“. - Für Sonntag, den 13. März, ist als Nachmittagsvorstellung „Im weißen Rößl“ und abends Beethovens Oper „Fidelio“ vorgesehen, während im Konzerthaus die zweite Aufführung der Operette „Zur goldenen Liebe“ von Mathy Benachy stattfinden wird. - Eine von einer Pressekorrespondenz kürzlich verbreitete nichtamtliche Mitteilung über angeblich vorbereitete Aufführungen einer Anzahl Goethe'scher Dramen ist teilweise unzutreffend. Zur Feier der hundertsten Wiederkehr des Todesjahres Goethes wird am Sonntag, dem 20. März, eine Morgenfeier unter dem Titel „Der junge Goethe“ stattfinden, in deren Mittelpunkt ein Festvortrag des derzeitigen Rektors unserer technischen Hochschule, Prof. Dr. Karl Goll, stehen und deren künstlerisches Programm noch bekanntgegeben werden wird. Am Freitag, den 18. März, wird Goethes dramatisches Gedicht „Wahlheim“ neuinszeniert zum erstenmal in Szene gehen und am Dienstag, dem 22. März, wiederholt werden. - Zur Osterzeit gelangt Goethes „Faust I. und 2. Teil“ zur Aufführung. - Im Schauspiel befindet sich ferner in Vorbereitung die Uraufführung der Komödie „Sprung über sieben“ von Hans J. Neffisch, dem auch in Karlsruhe vorliegend bekannter Verfasser zahl- und erfolgreicher Bühnenwerke.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Dienstagmorgen: Unter stürmischen Südwestwinden zogen heute nacht nach kurzer Aufhellung erneut Niederschlagschauer bei uns vorüber. Die nördlich von England gelegene Zykone ist nach der Nordsee gewandert und wird in östlicher Richtung weiterziehen, so daß wir schon morgen in den Bereich der Kaltluft gelangen werden, die heute früh bei Schottland nach Süden vorzieht. Voraussage: Abflauende Westwinde, fäher und noch vereinzelt leichter Schneefall.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

Table with 5 columns: City, 8. März, 7. März, 1. März, 2. März. Rows include Amsterdam, Kopenhagen, Italien, London, New York, Paris, Schweiz, Wien, Prag.

Der Zentralausschuß der Reichsbank ist auf heute, Dienstag, 16 Uhr einberufen worden. Es dürfte die Frage einer Diskontsenkung erörtert werden, ihr Ausmaß steht noch nicht fest.

Kurze Nachrichten aus Baden

23. Mannheim, 7. März. Gestern vormittag gerieten Angehörige verschiedener Parteien in Streit. Als das Oberalltagskommando eingriff, stürzten die Streitkräfte. Zwei Kommunisten wurden festgenommen. In der Neckarstadt entstanden gestern vormittag Anfeindungen von Nationalsozialisten und Kommunisten, so daß die Polizei die Straßen zum Teil mit dem Gummistempel säubern mußte.

23. Schwetzingen, 7. März. Im Anschluß an eine Versammlung der NSDAP. kam es am Samstagabend gegen 12 Uhr zu politischen Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Dabei wurde der Bader Vogel durch einen Messerstich in der Hüfte verletzt.

23. Forstheim, 7. März. Den 90. Geburtstag konnte der Begründer der Goldwarenfabrik Burthard & Co., Johann Burthard, begehen.

23. Freiburg, 7. März. Der Polizeibericht meldet: In den Nächten zum Sonntag und zum Montag wurden an verschiedenen Stellen der Stadt an Häuserfronten, Mauern, Brücken und auf Schwegen kommunistische und nationalsozialistische Wahlsprüche u. dgl. angebracht. Auch wurden an verschiedenen Plakataufhängen Plakate überklebt bzw. beschädigt. Einige Personen konnten hierbei festgenommen werden.

Bürgermeisterwahl. In Forst bei Bruchsal blieb der erste Wahlgang für die Bürgermeisterwahl ergebnislos, denn es erhielten das Zentrum 19, die Nationalsozialisten 17, die Sozialdemokraten 9 Stimmen. Die Kommunisten gaben weiße Zettel ab.

Staatsanzeiger

Reichspräsidentenwahl, hier, Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.

An sämtliche badischen Polizeibehörden. Zur geordneten weiteren Durchführung des Wahlkampfes sind aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie aus verkehrspolizeilichen Gründen von den Polizeibehörden nicht zugelassen:

- 1. das Verteilen von Flugblättern aus Fahrzeugen aller Art an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen;
2. das Herumtragen und Herumfahren von Plakaten auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen, außer am Wahltag selbst, soweit es durch Fußgänger erfolgt, dem Verkehr nicht gehindert wird und des Herumtragens in der Zeit von 11 bis 17 Uhr geschieht;
3. die Verwendung von Lautsprechern und Schallplattens (Kinowagen) an und auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen sowie von störender Lichtreflexe zu Zwecken der Wahlpropaganda.

Es ist ferner dafür Sorge zu tragen, daß am Wahltag selbst vor den Wahllokalen die öffentliche Sicherheit und Ordnung und der ungehinderte Verkehr nicht durch übermäßiges Aufstellen von Plakatträgern und Flugblätterverteilern oder in anderer Weise gestört wird.

Karlsruhe, den 8. März 1932. Der Minister des Innern, Raier

Bekanntmachung

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über Wohlfahrtspflege und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 wird dem Evangelischen Frauenverband für Innere Mission in Baden und dem Diözesanverband der katholischen Müttervereine der Erzdiözese Freiburg die Erlaubnis erteilt, zu Gunsten der Mütterfürsorge im Lande Baden gemeinsam am 8. Mai 1932 („Muttertag“) eine Geldsammlung auf öffentlichen Straßen und Plätzen und in der darauf folgenden Woche eine Sammlung von Haus zu Haus zu veranstalten.

Karlsruhe, den 3. März 1932. Der Minister des Innern, J. B. Weibel

Bekanntmachung

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über Wohlfahrtspflege und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 wird dem Arbeiter-Samariter-Bund E. V. Kreis Baden, die Erlaubnis erteilt, im Lande Baden am Sonntag, 31. Juli 1932, zugunsten seiner jahungsmäßigen Aufgaben eine Geldsammlung auf öffentlichen Straßen und Plätzen zu veranstalten.

Die Abzeichen, durch die die Sammler kenntlich gemacht werden, dürfen keinen Anlaß zu Verwechslungen mit dem Roten Kreuz geben.

Karlsruhe, den 4. März 1932. Der Minister des Innern, Raier

Bekanntmachung

Die dem Kolonialkriegsdank, staatlich anerkannte mildtätige Stiftung in Berlin, unterm 15. April 1930 erteilte Erlaubnis, im Lande Baden durch Verendung von Werbeschriften zugunsten seiner jahungsmäßigen Wohlfahrtsbestrebungen Geldspenden zu sammeln, wird bis zum 31. Dezember 1932 verlängert.

Karlsruhe, den 4. März 1932. Der Minister des Innern, J. B. Weibel

Bekanntmachung

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über Wohlfahrtspflege und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 wird dem Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg E. V. die Erlaubnis erteilt, in Verbindung mit den katholischen Fürsorgevereinen und der katholischen Jugendpflege zugunsten der jahungsmäßigen Aufgaben ihrer Organisationen am Sonntag, 3. Juli 1932, eine Geldsammlung auf öffentlichen Straßen und Plätzen und in der Zeit vom 4. bis 9. Juli 1932 einschließlich eine Geldsammlung von Haus zu Haus im Lande Baden zu veranstalten.

Karlsruhe, den 3. März 1932. Der Minister des Innern, J. B. Weibel

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern. Ernennung: Veterinär Dr. Carl Trautwein, Abteilungsleiter in den staatlichen Forschungsanstalten Insel Niemi zum Veterinärrot am Tierärztlichen Institut Freiburg.

# Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger  
Organ verschiedener Beamtenvereinigungen

Nr. 10

Bezeichnet wöchentlich einmal und kann einzeln für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 40 Reichspfennig zugl. Porto vom Verlage Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 14, bezogen werden

8. März 1932

## Zur Reichspräsidentenwahl

### Stimmschein und Stimmzettel

Die bevorstehende Neuwahl des Reichspräsidenten, deren Vorgänge seit Wochen die breitere Öffentlichkeit beschäftigen, hat nun, nachdem der Tag des ersten Wahlgangs vom Reichstag festgesetzt worden ist, allenthalben fieberhafte Tätigkeit hervorgerufen, nicht zuletzt auch um die Aufstellung der Stimmlisten und ihre Auslegung zu dem geordneten Termin zu erledigen, überhaupt die in der Reichsstimmanordnung vom 14. März 1924 festgelegten Normen pünktlich einhalten. Von den umfangreichen Einzelvorschriften dieser Verordnung (RGBl. I 1923, S. 173) sollen hier nur hervorgehoben und erläutert werden die Anordnungen wegen der Stimmschein und der Stimmzettel.

Grundsätzlich können Stimmberechtigte nur in dem Stimmbezirk abstimmen, in dessen Stimmliste oder Stimmkartei sie eingetragen sind. Für besondere Fälle ist hierfür eine Ausnahme vorgesehen, die die Ausstellung eines Stimmscheins erforderlich macht. Auf Antrag erhält nämlich einen Stimmschein

1. ein Stimmberechtigter, der in einer Stimmliste oder Stimmkartei eingetragen ist, wenn er sich am Abstimmungstag während der Abstimmungszeit aus zwingenden Gründen außerhalb seines Stimmbezirks aufhält, oder wenn er nach Ablauf der Einspruchsfrist gegen die Stimmliste oder Kartei seine Wohnung in einem anderen Stimmbezirk verlegt, oder wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfreiheit behindert ist und durch den Stimmschein die Möglichkeit erhält, einen für ihn günstiger gelegenen Abstimmungsraum aufzusuchen;
2. ein Stimmberechtigter, der nicht in eine Stimmliste oder Kartei eingetragen ist, oder darin gestrichen ist, wenn er nachweist, daß er ohne sein Verschulden die Einspruchsfrist verjährt hat, oder wenn er wegen Mißens des Stimmrechts nicht eingetragen oder gestrichen war, der Grund aber nach Ablauf der Einspruchsfrist weggefallen ist, oder wenn er Auslandsdeutscher war und seinen Wohnort nach Ablauf der Einspruchsfrist in das Inland verlegt hat.

Zuständig zur Ausstellung des Stimmscheins ist die Gemeindebehörde des Wohnorts des Stimmberechtigten; falls er seine Wohnung nach Ablauf der Einspruchsfrist in einen anderen Stimmbezirk (andere Gemeinde) verlegt, die Gemeindebehörde des bisherigen Wohnorts.

Wegen der Gültigkeit oder Ungültigkeit von Stimmzetteln gilt folgendes:

1. Ungültig sind Stimmzettel, die nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag oder die mit einem mit Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind;
2. die als nichtamtlich hergestellte erkennbar, wenn amtliche Stimmzettel vorgezeichnet sind;
3. aus denen der Wille des Abstimmenden nicht unzweifelhaft zu erkennen ist;
4. die bei einem Volksentscheid über eine Meinungsverschiedenheit zwischen Reichstag und Reichsrat beide Fragen mit „Ja“ oder beide Fragen mit „Nein“ beantworten;
5. bei denen irgendein durch den Umschlag deutlich fühlbarer Gegenstand beigefügt ist;
6. die mit Vermerken oder Vorbehalten versehen sind.

Stimmzettel, die zu Zweifeln Anlaß geben, sind auf ihre Gültigkeit oder Ungültigkeit vom Abstimmungsamt zu prüfen und durch Beschluß für gültig oder ungültig zu erklären.

Das Reichswahlprüfungsgericht hat bei früheren Wahlen eine Reihe von Entscheidungen über die Gültigkeit oder Ungültigkeit von Stimmzetteln getroffen, deren wichtigste nachstehend kurz erwähnt werden sollen.

- Es wurden z. B. für gültig erklärt:
- Stimmzettel, die völlig durchstrichen oder zertriften waren.
  - Stimmabgaben, die dadurch erfolgten, daß einzelne aus dem richtigen Stimmzettel herausgeschnittene Stücke abgegeben wurden.
  - Stimmzettel, die auf der Rückseite gekennzeichnet wurden, selbst dann, wenn auf der Rückseite die genaue Bezeichnung des Anwärters stand.
  - Stimmzettel, die einwandfrei einen Anwärter gekennzeichnet hatten, daneben aber noch mit sonstigen Bemerkungen oder Zeichen versehen waren. (Die Angabe des Anwärternamens neben dessen Kennzeichnung macht den Stimmzettel jedoch nicht ungültig.)

Stimmzettel, die durch einen Kreis oder ein Kreuz, welche in zwei Felder von Wahlvorschlagen hineinragten, gekennzeichnet waren.

Stimmzettel, in denen ein Anwärter richtig angekreuzt war, bei denen sich aber gleichzeitig in dem Kreis eines anderen Anwärters ein Strich befand.

Stimmzettel, in denen mehrere Felder durchstrichen, andere unterstrichen und in eines der letzteren zudem ein Kreuz gesetzt worden war.

Stimmzettel, in denen ein Feld ohne jegliche Kennzeichnung war, während sich in den Kreisen sämtlicher übrigen Felder ein Kreuz befand.

Stimmzettel, die durch Einzeichnen bei einem der Wahlvorschlage gekennzeichnet wurden.

Stimmzettel, in denen ein Anwärter durch Beschädigung mit einem scharfen Gegenstand im Kreis gekennzeichnet wurde.

Stimmzettel, bei denen ein Anwärter gekennzeichnet war, die jedoch durchgerissen waren oder nur aus der Hälfte eines amtlichen Stimmzettels bestanden.

Schlecht bedruckte, leicht beschädigte, schlecht beschnittene oder mit sonstigen technischen Herstellungsfehlern versehene Stimmzettel wurden dagegen für ungültig erklärt.

Desgleichen wurden vom Wahlprüfungsgericht für gültig erklärt:

- Stimmzettel, bei denen der Anwärter außerhalb des Kreises durch ein Kreuz oder einen Strich gekennzeichnet war.
- Stimmzettel, bei denen der Anwärter durch Eintrag seines Namens inner- oder außerhalb des Kreises gekennzeichnet war.
- Stimmzettel, auf denen alle Anwärter oder alle Kreise bis auf einen gestrichen waren.
- Stimmzettel, auf denen durch ein Loch der Wahlvorschlag gekennzeichnet war.
- In einem Umschlag sich befindende, von früheren Wahlen herrührende Stimmzettel machen den Stimmzettel nicht ungültig.
- Mehrere in einem Umschlag enthaltene, auf die gleiche Wahl bezügliche Stimmzettel gelten als eine Stimme, wenn sie gleichlautend sind oder wenn nur einer von ihnen eine Stimmabgabe enthält; sonst sind sie ungültig.

## Badische Bank

### Bilanz auf 31. Dezember 1931

Aktiva		Passiva	
	RM		RM
<b>Kassenbestand:</b>			
Goldbestand	8 538 333,44	Grundkapital:	
Noten anderer Banken	7 159 800,—	Stück 30 000 Stammakt. zu 100 RM	3 000 000,—
Sonstige Kassenbestände	40 119,37	10 000 „	500 000,—
Eigene Banknoten	205 850,—	600 Vorzugsakt. „	500 000,—
	15 944 107,81		8 300 000,—
<b>Debitenbestand:</b>			
Wechselbestand abzüglich Rückzinsen	334 434,49	Rücklagen:	
Lombardforderungen (lt. § 14, 3b, c und d des Privatnotenbankgesetzes) zuzüglich Zinsen bis 31. Dezember 1931	20 174 612,48	Gesamtbetrag der in den Betrieb gegebenen Banknoten zu 50 RM	3 300 000,—
Bestand an Scheckaufweisungen und Effekten	4 092 220,98	Guthaben der Giro- und Kontoforrentgläubiger:	
Kontoforrentguthaben:	10 775 411,45	a) täglich fällige Verbindlichkeiten	18 335 590,09
Inkasso-, Giro- und sonstige Guthaben	19 009 306,94	b) an eine Kündigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten	12 817 718,06
Grundstücke:			31 153 308,15
Bankgebäude in Mannheim und Karlsruhe	300 000,—	Unerhobene Gewinnanteile	2 767,50
		Reingewinn für 1931	674 018,50
		Vortrag aus dem Geschäftsjahr 1930	200 000,—
		Vortrag aus dem Geschäftsjahr 1930	200 000,—
		Verbindlichkeiten aus weitergegebenen im Inlande zahlbaren Wechselfn 1 444 035,99	1 444 035,99
	70 630 094,15		70 630 094,15

### Gewinn- und Verlustrechnung auf 31. Dezember 1931

Soll		Haben	
	RM		RM
<b>Steuern:</b>			
Personliche Einkommensteuern	450 777,30	Vortrag aus dem Geschäftsjahr 1930	200 000,—
Allgemeine Einkommensteuern	568 777,90	Zinsen aus diskontierten Wechselfn	1 478 593,38
Zinsen im Scheckverkehr	107 748,12	Zinsen aus belehnten Wertpapieren	178 683,38
Effekten	1 397 304,03	Zinsen aus Guthaben, Depotgebühren und sonstige Erträge	2 168 147,04
Banknotensteuer	621 469,19		
Reingewinn für 1931	5 333,76		
Vortrag vom Jahre 1930	674 018,50		
	200 000,—		
	874 018,50		
	4 025 428,80		4 025 428,80

Die Dividende für das Jahr 1931 würde in der heutigen Generalversammlung auf 7% = 7 RM für die Stammaktie von 100 RM, auf 3% = 3 RM für die Stammaktie von 50 RM, auf 6% = 30 RM für die Vorzugsaktie von 500 RM festgesetzt und gelangt gegen Einlieferung des Dividendenscheins Nr. 61 in Mannheim und Karlsruhe: an unseren Kassen, in Frankfurt a. M. und Berlin: bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft von heute ab zur Auszahlung.

Nach der vorgenommenen Neuwahl des Aufsichtsrats besteht derselbe nunmehr aus den Herren:  
Kurt Waffermann, Bankdirektor, Mannheim; Dr. h. c. Graf Robert Douglas, Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer, Schloß Langenstein bei Eggenlingen (Waden); Dr. h. c. Theodor Frank, Kommerzienrat, Berlin; Dr. jur. Erwin Gugelmeier, Präsident des Badischen Sparassens- und Giroverbandes, Mannheim; Dr. h. c. Heinrich Köhler, Reichsfinanzminister a. D., Karlsruhe; Dr. h. c. Richard Renel, Fabrikant, Präsident der Handelskammer, Mannheim; Dr. rer. pol. Wilhelm Mattes, Finanzminister, Karlsruhe; Dr. jur. Wilhelm Mühe, Ministerialrat im Ministerium der Finanzen, Karlsruhe; Ludwig Sammet, Ministerialdirektor im Ministerium der Finanzen, Karlsruhe; Dr. jur. Rudolf Schellenberg, Bankdirektor, Mannheim; Dr. jur. Joseph Schmitt, Staatspräsident, Karlsruhe; Gustav Strohm, Ministerialrat im Ministerium der Finanzen, Karlsruhe; Wilhelm Bögele, Fabrikant, Mannheim.

Mannheim, den 7. März 1932.

### Der Vorstand der Badischen Bank:

W. B. B. Stern. Neuhäuser.

Druck G. Braun, Karlsruhe

## 50% Räumungs-Rabatt

auf Herrenwäsche und Herrentrikotagen etc. Dieser Ausverkauf dauert nur noch bis 15. März. Beachten Sie das Schaufenster

### OERTEL

WASCHE UND BETTEN  
Kaiserstraße 101/103 (L. 745)

## Öffentliche Zahlungserinnerung

Es sind zu entrichten auf:  
10. März: Umsatzsteuerborauszahlung der Monatszahler für Februar 32.  
10. März: Einkommensteuer- und Körperschaftsteuerborauszahlung für das 1. Kalendervierteljahr 32 sowie die Kreissteuer der Einkommensteuerpflichtigen für das 1. Halbjahr 32.  
Nicht rechtzeitige Zahlung hat die Festsetzung von Verzugszuschlägen in Höhe von 1,5 v. H. für jeden angefangenen halben Monat zur Folge.  
Vergeltlose Zahlung unter Angabe der Steuernummer wird empfohlen.

Karlsruhe, den 7. März 1932. H. 854  
Finanzämter Karlsruhe-Stadt und Land, Durlach und Ettlingen.

B. 804. Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen der Firma Süddeutsche Schreibmaschinen- und Büro-Einrichtungsges. m. b. H. in Karlsruhe, Kaiserstr. 225, und die Verfügungsbeschränkung sind nach erfolgter Befristung des Vergleichs vom 10. Dezember 1931 mit Abänderung vom 1. Februar 1932 aufgehoben worden. Karlsruhe, den 4. März 1932. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.

v. d. Trend, Eich, Grimm, Kubr, H. Bindemann, H. Müller, Nagel, Seibert  
Anfang 15 Ende 17 1/2  
Abends:  
\* A 21 (Mittwochmiete)  
Th. Sem. 1401-1500

### Der Freischütz

Von Weber  
Dirigent: Schwarz  
Spielleitung: Pruschka  
Mitwirkende:  
Fischbach, Winter, Blum, Hofer, Bindemann, Meißner, Kiefer, Löfer, Rentwig, Gospach, Dörner, Schoepflin, Schuster

Anfang 19.30 Ende 22.20  
Preise D 0,90-5,70 RM

Do. 10.3. Othello. Fr. 11.3.  
Nachmittags: Nina. Abds.:  
Wallensteins Tod. Sa. 12.3.  
Nachmittags: Nina. Abds.:  
Wallensteins Lager - Die  
Piccolomini. So. 13.3. Nach-  
mittags: Ju. Klein. Preisen:  
Im weißen Röhl. Abends:  
Iphigenie. Im Konzerthaus:  
Zur goldenen Wiebe.

### Badisches Landestheater

Mittwoch, den 9. März 1932  
Nachmittags  
Geschlossene Sondervorstellung f. auswärtige Schüler

### Prinz Friedrich von Homburg

Schauspiel von Kleist  
Regie: v. d. Trend  
Mitwirkende:  
Vertam, Frauendorfer,  
Genter, Seiling, Baumbach,  
Ernst, Dahlen, Gemmede,  
Herz, Höder, Kienker,  
Kuhne, Rehner, Luther,  
R. Müller, Brüder, Schneider

Ein jeder Bürger  
muß Mitglied des  
**Karlsruher**  
**Verkehrsvereins**  
sein.